

Frankfurter Allgemeine  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Backen aufblasen

Die Namen Pistorius, Lewentz und Scholz sollen der SPD den Ruf zurückerobern, für den früher ein einziger Name reichte: Schily. Dessen Donnerhall ist so verklungen, dass beim Stichwort „innere Sicherheit“ das SPD-Echo „Gerechtigkeit“ ziemlich dünn wirkt. Spätestens nach der Niederlage in NRW muss sich daran etwas ändern. Die Innenministerkonferenz wird deshalb harmonischer verlaufen als so manche Konferenz der zurückliegenden Legislaturperiode. Nicht nur SMS abhören, sondern auch Whatsapp und andere Messenger-Dienste? Kein Problem! Polizei und Nachrichtendienste liegen der großen Koalition damit zwar schon seit Jahren in den Ohren. Aber die SPD kann den Grünen die Schuld geben, dass daraus nicht längst ein Gesetz geworden ist. Was für die SPD die Grünen, ist für die CDU die FDP. Das zeigt wiederum NRW, wo die Schleierfahndung mit der FDP nicht zu machen ist. Deshalb nennt man dort die liberale Variante nun „strategische Fahndung“ – ein Fehler. Denn so sitzt auch die CDU im SPD-Boot: Innere Sicherheit lässt sich nicht dadurch herstellen, einfach die Backen aufzublasen. kum.

## Hätte, hätte

Die Reaktionen von Spitzenpolitikern der Sozialdemokraten wie der Grünen auf den Parteitag der Linken sind einander verblüffend ähnlich. Natürlich, so der Tenor, dürfe man prinzipiell Gespräche mit keiner Partei abschließen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Aber es sei ja die Linke selbst, die mit einem Gutteil ihres Programms und ihres Personals alle Machtoptionen ausschliesse. Doch so objektiv misslich diese Situation aus der Sicht vieler Sozialdemokraten und Grünen ist, weil so wohl keine Regierung gegen die Unionsparteien gebildet werden kann, so subjektiv entlastend ist für den Moment das Irrlichtern der Linken – die Selbst(er)findungsprozesse binden zu viele Ressourcen, als dass man das Gespenst Rot-Rot-Grün jeden Tag aufs Neue bannen könnte. Ohnedies sind letzte Worte längst nicht gesprochen. Sonst stünden die Thüringer Grünen nicht treu zu Ministerpräsident Bodo Ramelow, hätte Martin Schulz vor der Saarland-Wahl nicht mit Rot-Rot-Grün geliebäugelt, hätte Hannelore Kraft ein Zusammengehen von SPD und Linken in NRW kategorisch ausgeschlossen. D.D.

## Blasse Sterne

Von Kommunalwahlen kann man nicht ohne weiteres auf die nationale Stimmung schließen, denn es geht ja stets um die Lage an einem bestimmten Ort. Trotzdem dürfte es kein Zufall sein, dass die Fünf-Sterne-Bewegung in vielen Städten und Gemeinden Italiens so schlecht abgeschnitten hat. Diese populistische Bewegung, die sich nicht in das klassische Links-rechts-Schema einordnen lässt, ist im Kern eine Protestveranstaltung. Wo sie politische Verantwortung übernommen hat, in Rom etwa, hat sie wenig vorzuweisen. Auch der autoritäre Führungsstil ihres Gründers dürfte Wähler abschrecken. Das alles passt ganz gut ins gesamteuropäische Bild, denn seit dem Brexit-Referendum haben Populisten von rechts wie links keine bedeutende Wahl gewinnen können, obwohl ihnen das viele zugetraut haben. Offenbar sind die Wähler in vielen Ländern zum Schluss gekommen, dass sich die komplexen Probleme der Gegenwart nicht mit Geschrei und Haudraufparolen lösen lassen. Eine Bestätigung für ihre Durchwurstelei sollten die etablierten Parteien darin aber nicht sehen, schon gar nicht in Italien. nbu.

# Protest und Provokation

Viele AfD-Fraktionen in Landtagen scheuen die Sacharbeit / Von Rüdiger Soldt

STUTT GART, 12. Juni Abgeordnete der AfD sitzen mittlerweile in 13 Landesparlamenten. Die meisten Abgeordneten haben vor allem mit einer Frage zu tun: Ziehen sie eine rote Linie zum rechten Narrensaum, oder tun sie das nicht? Im Südwesten prägte die Auseinandersetzung mit dem antisemitischen Abgeordneten Wolfgang Gedeon die Diskussionen und Machtkämpfe. In Sachsen streitet die AfD gerade mal wieder über ihren Umgang mit der Pegida-Bewegung.

Knapp drei Jahre nach dem erstmaligen Einzug von AfD-Abgeordneten in einen Landtag liegt nun die erste Untersuchung von Politikwissenschaftlern vor, die das Agieren und Auftreten der neuen Partei in zehn Landesparlamenten vergleichend untersucht haben. Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels, Christian Neusser und Alexander Berzel haben in einer vom „Wissenschaftszentrum Berlin“ (WZB) und der Universität Kassel veröffentlichten Studie erforscht, aus welchen Schichten und Parteien diese 153 Abgeordneten stammen, welche Berufsgruppen dominieren und welche Rolle die Politiker im Parlamentsalltag spielen.

Die Landtagsfraktionen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die Politikwissenschaftler noch nicht einbezogen, dennoch dürfte es die umfassende Untersuchung zu dieser neuen Partei sein. Für das Autorenteam ist die AfD eine Partei, in der sich „situationale Empörte“, „Rechtspopulisten“ und „Rechtsextremisten“ zusammenfinden haben. Parliamentssoziologisch haben sie über die AfD-Abgeordneten herausgefunden, dass diese keineswegs nur Neulinge

im politischen Geschäft sind: 47 Prozent aller Mandatsträger in den Landtagen haben politische Vorerfahrung, ihr Weg führte also nicht direkt vom Stammtisch in den Plenarsaal. Fast die Hälfte aller AfD-Abgeordneten in den untersuchten Landtagen war zuvor in der CDU, zwölf Prozent waren in der FDP und zehn Prozent in der SPD.

Angesichts der zahlreichen radikalen Diskussionen über Flüchtlings- und Geschichtspolitik überrascht nicht, dass der Anteil derjenigen Landtagsabgeordneten

Viele Abgeordnete haben politische Erfahrung. Ihr Weg führte also nicht vom Stammtisch ins Parlament.

ten, die zuvor in einer rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Partei Mitglied waren, mit 21 Prozent ziemlich hoch ist.

Soziologisch ist bei den Mandatsträgern ein hoher Anteil an Selbständigen, Freiberuflern, Angehörigen der Sicherheitsberufe und Erwerbslosen auffällig. Angestellte und Arbeiter sind in der AfD schwächer repräsentiert als in den sogenannten etablierten Parteien. Der Anteil männlicher Abgeordneter ist höher als in den jeweiligen Landtagen insgesamt. Der Männeranteil in den zehn untersuchten Parlamenten liegt insgesamt bei zwei Dritteln, bei der AfD jedoch bei gut 85 Prozent. „Frauen sind in den AfD-Fraktionen eine kleine Minderheit“, schreiben die Autoren.

Für die Gruppendynamik der Fraktionen dürfte noch ein weiterer Befund der Studie interessant sein: Für 21 Prozent der AfD-Abgeordneten ist der Einzugs ins Parlament mit einem deutlichen sozialen Aufstieg verbunden. Die Neigung dieser Aufsteiger, ihren Aufstieg zu perpetuieren, dürfte entsprechend ausgeprägt sein. Erkennbar ist, dass Selbständige und Freiberufler, deren finanzielle Situation zuvor unbefriedigend, wenn nicht sogar prekär war, sich mit der parlamentarischen Tätigkeit eine neue Existenzgrundlage geschaffen haben.

In die tagespolitische parlamentarische Arbeit haben sich die AfD-Abgeordneten größtenteils mit Kleinen Anfragen eingebracht. Thematisch überwogen dabei – anders als bei CDU, SPD, Grünen sowie FDP – die Themen Migration, Integration, Flüchtlinge und Linksextremismus. Zeitaufwendige, komplexe Große Anfragen stellten die AfD-Fraktionen wesentlich seltener. „Die parlamentarische Professionalisierung verläuft schleppend“, schreiben Schroeder, Weßels, Neusser und Berzel.

Fast alle AfD-Fraktionen haben bis heute große Schwierigkeiten, einen funktionsfähigen Apparat mit den erforderlichen Beratern, Mitarbeitern und kompetenten Juristen in den Landesparlamenten aufzubauen. Ein solcher Apparat kann nicht nur zur Stabilisierung und Verbesserung der Qualität der politischen Arbeit beitragen – die Autoren weisen auch zu Recht darauf hin, dass die längerfristige Etablierung der AfD davon abhängt. Der Mitarbeiterstab von Abgeordneten der Fraktionen ist immer ein Reservoir für künftiges Personal und muss es auch sein.

Die Autoren der Studie halten die Frage für offen, ob die AfD sich in den kommenden Jahren weiter professionalisieren und deradikalisieren wird oder ob sie sich sogar weiter radikalisiert und die Landtage nur als Bühne benutzt, um sich von der politischen Klasse und dem „Establishment“ zu distanzieren. In einigen Landesverbänden wird über die Frage konstruktive Opposition oder Systemdestruktion gestritten. Alle Landtagsfraktionen nutzen die „sozialen Medien“ als Gegenöffentlichkeit. Damit kompensiere die Partei auch das Fehlen von Vorförderorganisationen, schreiben die Wissenschaftler. „Im Kern geht es der AfD in den Parlamenten weniger um eine konstruktive Kontrolle der Regierung, sondern vielfach um Protest und Provokation.“

Gleichwohl könne die Existenz der AfD im parlamentarischen System auch positive Effekte haben: Die neue Partei habe „rechts von der Union“ eine Repräsentationslücke besetzt, die anderen Parteien seien sensibler für manche Themen der AfD geworden. Alle zehn untersuchten Landtagsfraktionen hätten insgesamt etwa elf Millionen Euro für ihre politische Arbeit zur Verfügung. Den Versuch, parlamentarisches zu arbeiten, würden aber nur die AfD-Landtagsfraktionen in Berlin, Sachsen, Rheinland-Pfalz und – mit Abstrichen – in der Hamburger Bürgerschaft unternehmen. Die Abgeordneten in den Landtagen in Schwerin, Magdeburg, Stuttgart, Potsdam und Erfurt hätten sich eher auf einen „bewegungsorientierten Oppositionskurs“ festgelegt und nur geringes Interesse an oppositioneller Sacharbeit. Von ihnen wird man wohl auch in den kommenden Jahren vor allem in den sozialen Medien viele systemoppositionelle Aussagen zu lesen bekommen.



Marie LEBEC

Foto Getty

## Voller Energie

Der politische Erneuerungsprozess in Frankreich erhält ein Gesicht: Die 26 Jahre alte Marie Lebec, eine Frau mit Pferdeschwanz und gewinnendem Lächeln. Sie ist die jüngste Kandidatin, die von Emmanuel Macrons Bewegung La République en marche (LREM) aufgestellt wurde. Nach dem ersten Wahlgang hat sie beste Aussichten, am kommenden Sonntag in die Nationalversammlung einzuziehen. Ihren ersten Wahlkampf hat Lebec bereits als Oberschülerin bestritten. Die Tochter aus bürgerlichem Hause, die im grünen Vorort Louveciennes bei Paris aufwuchs, schwor vor einem Jahrzehnt auf Nicolas Sarkozy. Sie verteilte Flugblätter und organisierte Debatten an ihrem Gymnasium, damit Sarkozy zum Präsidenten gewählt würde. Doch ihre politische Jugendliebe enttäuschte sie. „Seinem Reformelan folgten keine Taten“, sagt sie rückblickend.

Lebec zog zum Studium der Politischen Wissenschaften in die Weinstadt Bordeaux. Mit dem Abschluss von „Sciences Po“ bewarb sie sich in der Nationalversammlung als parlamentarische Mitarbeiterin und sammelte beim sozialistischen Abgeordneten Christian Franqueville erste Berufserfahrungen. Lebec war schockiert, dass nicht das übergeordnete Interesse des Landes, sondern Lagerdenken das Abstimmungsverhalten in der Nationalversammlung bestimmte. Das habe sie sehr gestört. Viele Abgeordnete hätten ihr gesagt, sie wollten nicht mit dem nach Wirtschaftsminister Macron benannten Gesetz in Verbindung gebracht werden, um ihre Wiederwahlchancen zu bewahren. „Ich habe mir gesagt, wenn wir auf diese Weise Politik machen, bringen wir unser Land nicht voran“, sagte Lebec. Sie wechselte als politische Beraterin zur privaten Lobbyfirma Euralia.

Gleich im April 2016, als Macron seine Bewegung begründete, schrieb sie sich per Internet ein und wurde in der Jugendorganisation von En marche („Jeunes avec Macron“) aktiv. Die energiegelade Frau zögerte nicht, sich als Kandidatin für die Parlamentswahl zu bewerben. „Aber ich machte mir kaum Hoffnungen, dass sie mich auswählen würden“, sagt sie. Doch sie wurde für ihren Heimatwahlkreis im westlichen Speckgürtel von Paris aufgestellt, der auch die Kommunen Chatou, Houilles und Port-Marly umfasst.

Eigentlich ist dieser Wahlkreis fest in rechtsbürgerlicher Hand. Zuletzt gelang es dem späteren sozialdemokratischen Premierminister Michel Rocard 1969, hier die rechte Vorherrschaft zu brechen. Marie Lebec aber brachte es aus dem Stand im ersten Wahlgang auf 47,9 Prozent der Stimmen. Ihr Gegner von den Republikanern, der Bürgermeister von Chatou, erhielt nur 22,4 Prozent. Lebec feierte ihren ersten Erfolg mit dem Versprechen, eine Abgeordnete für alle Altersklassen sein zu wollen. Ihr gefalle es nicht, dass sie auf ihr Alter reduziert werde. Auch den von ihrem politischen Gegner erhobenen Vorwurf der Unerfahrenheit weist sie zurück. Als parlamentarische Mitarbeiterin habe sie gelernt, wie Änderungsanträge formuliert werden. „Ich weiß auch schon, in welchem Ausschuss ich gern sitzen würde“, sagt Lebec. MICHAELA WIEGEL

# Die Zerstörung des Weltkulturerbes

Der türkische Staat baut in der zerstörten Altstadt von Diyarbakir moderne Wohnsiedlungen / Von Rainer Hermann

In Syrien wird Weltkulturerbe zerstört, und auch in der Türkei geht Weltkulturerbe unwiderruflich verloren. Die Unesco führt in der Türkei 16 Orte auf ihrer Liste des Welterbes. Von dieser muss sie nun die Altstadt von Diyarbakir, die auf Türkisch Sur heißt, wieder streichen – denn nur noch wenig ist von ihr übrig. Die östliche Hälfte war im Krieg des türkischen Staats gegen kurdische Aufständische in den ersten Monaten des Jahres 2016 weitgehend zerstört worden. Danach ließ die türkische Regierung das Areal einebnen. In den letzten Maitagen begann nun ebenfalls der Abriss von Häusern in zwei Vierteln im westlichen Teil der Altstadt, die noch bewohnbar waren.

Im April waren die Bewohner dieser beiden Viertel, Lalebey und Alipasa, über Lautsprecher auf den Minaretten aufgefordert worden, ihre Häuser zu verlassen, die bereits enteignet worden waren. Der türkischsprachige Dienst der BBC berichtete, die Bewohner hätten sich geweigert und abermals gegen die Enteignung demonstriert. Der türkische Staat schnitt die Viertel von der Wasserversorgung und dem Stromnetz ab, worauf sich die Bewohner Generatoren kauften. Die BBC berichtete weiter, dass der Staat den enteigneten Wohnungsbesitzern jeweils umgerechnet 7000 Euro bezahlt habe. Der Sender zitierte einen empörten Bewohner, dass man damit auch in Diyarbakir nicht einmal ein Zimmer kaufen könne. Nachdem die Polizei die demonstrierenden Bewohner des Viertels mit Gewalt vertrieben hatte, begannen die Bagger mit dem Abriss der Häuser.

Die gesetzliche Grundlage dafür ist ein Kabinettsbeschluss vom 21. März 2016. An jenem Tag, dem kurdischen Neujahrsfest, gingen die Kämpfe in der hermetisch abgeriegelten Osthälfte der Altstadt allmählich zu Ende. Jener Ministerratsbeschluss 8659 des Jahres 2016 beauftragte das Ministerium für Umwelt und Wohnungsbau mit der „dringlichen Verstaatlichung“ der Immobilien in der Altstadt.

Der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und kurdischen Nationalisten war wieder aufgeflammt, nachdem Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan im März 2015 eine Einigung von Vertretern seiner



Das Tor steht noch: Der Stadtteil Sur in Diyarbakir

Foto ddp

Regierung mit Führern der kurdischen Bewegung auf einen Fahrplan für einen Frieden für nichtig erklärt hatte. Eine Intifada überwiegend jugendlicher Kurden war die Folge. Gegen sie gingen in zahlreichen Städten reguläre und irreguläre Einheiten des türkischen Staats vor. Die Altstadt von Diyarbakir wurde einer der am heftigsten umkämpften Orte. Viele Gasen waren für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge zu eng. Daher kreisten Kampfhubschrauber über dem Gebiet des Häuserkampfes und bombardierten die Stadt.

Die heiße Phase des Häuserkampfes begann am 28. November 2015, als in Diyarbakir der prominente kurdische Anwalt Tahir Elci auf offener Straße ermordet wurde. Nach drei Monaten verkündete der türkische Staat seinen Sieg. Da waren die beiden gewählten Bürgermeister Gültan Kisanak und Firat Anli noch im Amt.

Sie wurden aber im Oktober 2016, wie mehr als zwei Dutzend andere kurdische Bürgermeister, festgenommen, und Diyarbakir wurde unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt. In ihrer Amtszeit wurde in Diyarbakir ein Platz nach Tahir Elci benannt. Der neue staatliche Zwangsverwalter benannte ihn nach einem kurdischen Dorfschützer um. Dorfschützer sind konservative Stammesführer, um deren Loyalität der türkische Staat buhlt. Damit hofft er sich die Unterstützung konservativer und religiöser Kurden zu sichern, die die säkulare kurdische Nationalbewegung ablehnen.

Nur kurz hatte sich Diyarbakir des Renommées erfreuen können, auf der Liste des Weltkulturerbes geführt zu werden. Erst 2015 hatte die Unesco die am Tigris gelegene Altstadt in die Liste aufgenommen. Denn die Burg und die Stadtmauern

von Diyarbakir zählen zu den größten und am besten erhaltenen Befestigungsanlagen der Antike. Der römische Kaiser Constantius II., ein Sohn Konstantins des Großen, hatte sie im Jahr 349 ausgebaut. Besiedelt ist die Stelle der Altstadt seit 5000 vor Christus. Nach Angaben der Stadtverwaltung von Diyarbakir waren in der Altstadt 595 historische Gebäude registriert, darunter die 1371 erbaute St.-Giragos-Kathedrale, die bis zu ihrer Zerstörung Anfang 2016 als das größte Gotteshaus der armenisch-apostolischen Kirche im Nahen Osten gegolten hatte. Nach dem Ende der Kampfhandlungen begannen im Frühjahr 2016 Abrissbagger mit der Zerstörung der Gebäude und mit der Einebnung der Stadt. Daher trat Zülfü Livaneli, der ehrenamtliche türkische Unesco-Botschafter, im Mai 2016 aus Protest von seinem Amt zurück. Der prominente Sänger, Literat und Oppositionspolitiker protestierte gegen die Zerstörung des Weltkulturerbes und auch dagegen, dass die Unesco nichts unternommen habe.

Die Stadtverwaltung von Diyarbakir hatte vor der Absetzung der gewählten Bürgermeister mitgeteilt, dass durch die Zerstörung der Altstadt 45 000 Personen zu Binnenflüchtlingen geworden seien. Für die Zerstörung von 70 Prozent der Gebäude in der Osthälfte machte sie in einem Bericht vom 30. März 2016 die türkischen Sicherheitskräfte verantwortlich.

Die Regierung in Ankara hat die staatliche Wohnungsbaubehörde Toki (Toplu Konut İdaresi Başkanlığı) mit dem Wiederaufbau der Altstadt von Diyarbakir und anderer zerstörter Städte im kurdischen Südosten der Türkei beauftragt. Zunächst hätten die betroffenen Wohnungseigentümer und Mieter versucht, die Häuser selbst wieder aufzubauen und in einem ersten Schritt das Nötigste zu reparieren. Der türkische Staat erteilte dazu indes keine Genehmigungen, nicht einmal für das Einsetzen neuer Fensterscheiben. Toki baut in der ganzen Türkei moderne Wohnblöcke, steht aber wegen der niedrigen Qualität der Gebäude in der Kritik. Eine Klage der prokurdischen Partei HDP gegen die Enteignungen vor dem Verfassungsgericht blieb ohne Erfolg. Dafür sind die beiden Ko-Vorsitzenden sowie die meisten Abgeordneten, Bürgermeister und Funktionäre der HDP in Haft.



Frankfurter Allgemeine  
**SELECTION**  
AUSGESUCHTES FÜR  
KLUGE KÖPFE

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Die Produkte werden exklusiv für F.A.Z.-Leser entworfen. Besuchen Sie unseren Online-Shop!



KUGELSCHREIBER AUS  
925 SILBER

Für F.A.Z.-Leser wurden je 100 Kugelschreiber aus 925 Sterling Silber und schwarzem Lack gefertigt.

Der Kugelschreiber mit Druckmechanik und blauer Mine kostet 189 Euro, der Kugelschreiber mit Drehmechanik 219 Euro.

Sichern Sie sich die limitierten Schreibgeräte von Waldmann.